



Die aktuellen Cannabisgesetze in Deutschland

Einführung

In Deutschland hat die Debatte um die Legalisierung von Cannabis in den letzten Jahren an Intensität gewonnen. Dieser Beitrag gibt einen Überblick über die aktuelle Gesetzgebung bezüglich Cannabis in Deutschland, Stand Dezember 2023.

Aktueller rechtlicher Status von Cannabis

Cannabis fällt in Deutschland unter das Betäubungsmittelgesetz (BtMG). Der Anbau, Besitz, Handel, Einfuhr, Ausfuhr und die Abgabe von Cannabis sind ohne entsprechende Erlaubnis strafbar. Der Konsum an sich ist rechtlich nicht strafbar, aber der Besitz, auch in geringen Mengen, kann zu Strafverfahren führen.

Medizinischer Gebrauch von Cannabis

Seit März 2017 ist der medizinische Gebrauch von Cannabis in Deutschland legalisiert. Ärzte können Cannabis in Form von Blüten oder Extrakten für Patienten mit schwerwiegenden Erkrankungen verschreiben, wenn keine alternativen Therapiemöglichkeiten vorhanden sind. Die Kosten für medizinisches Cannabis können von den Krankenkassen übernommen werden.

"Geringe Menge" für den privaten Gebrauch

In Deutschland gibt es eine sogenannte "geringe Menge" von Cannabis, die bei einem Besitzdelikt zu einem einfacheren Verfahren führt, oft mit der Möglichkeit der Einstellung des Verfahrens. Diese Menge variiert je nach Bundesland zwischen 6 und 15 Gramm.

Strafverfolgung und Sanktionen

Die Strafverfolgung bei Cannabis-Delikten kann von Geldstrafen bis hin zu Freiheitsstrafen reichen, abhängig von der Menge und dem Kontext des Delikts (z.B. Handel, Wiederholungstäter). Allerdings wird bei erstmaligem Besitz geringer Mengen für den Eigenbedarf oft von einer Strafverfolgung abgesehen.



Debatten um Legalisierung und Entkriminalisierung

Es gibt in Deutschland eine anhaltende Debatte über die Legalisierung von Cannabis zu Genusszwecken. Befürworter argumentieren mit der Reduzierung des Schwarzmarktes und potenziellen Steuereinnahmen, während Gegner auf mögliche Gesundheitsrisiken und soziale Probleme hinweisen. Aktuelle politische Entwicklungen, wie die Diskussionen im Bundestag, zeigen, dass eine Veränderung der Gesetzeslage möglich ist, aber noch nicht final entschieden wurde.

Cannabis und Führerschein

In Deutschland gelten strenge Regeln für Cannabis-Konsum und das Führen von Fahrzeugen. Schon geringe Mengen von THC im Blut können zu einem Führerscheinentzug führen. Es wird unterschieden zwischen gelegentlichem und regelmäßigem Konsum, wobei die Grenzwerte und die rechtlichen Konsequenzen variieren.

Maßgebliche Cannabisgesetze in Deutschland

Für das Thema Cannabis in Deutschland sind hauptsächlich folgende Gesetze und Regelungen anwendbar:

Betäubungsmittelgesetz (BtMG): Dies ist das zentrale Gesetz, das den Umgang mit Betäubungsmitteln, einschließlich Cannabis, in Deutschland regelt. Das BtMG legt fest, welche Substanzen als Betäubungsmittel klassifiziert sind, und regelt ihren Anbau, Herstellung, Handel, Einfuhr, Ausfuhr, Abgabe, Erwerb und Besitz. Verstöße gegen das BtMG können zu strafrechtlichen Konsequenzen führen.

Arzneimittelgesetz (AMG): In Bezug auf medizinisches Cannabis ist das Arzneimittelgesetz relevant, da Cannabisprodukte, die zu medizinischen Zwecken verschrieben werden, als Arzneimittel klassifiziert sind. Das AMG regelt die Zulassung, Herstellung und Abgabe von Arzneimitteln in Deutschland.

Straßenverkehrsgesetz (StVG) und Straßenverkehrs-Ordnung (StVO): Diese Gesetze sind relevant, wenn es um den Konsum von Cannabis und das Führen eines Fahrzeugs geht. Sie legen fest, dass das Führen eines Fahrzeugs unter dem Einfluss von Betäubungsmitteln strafbar ist. Dazu gehören auch Regelungen bezüglich der Grenzwerte für THC im Blut.



Gesetz über den Verkehr mit Betäubungsmitteln (BtMGV): Dieses Gesetz enthält spezifische Bestimmungen zum Verkehr mit Betäubungsmitteln, einschließlich Vorschriften für Apotheken, Ärzte und Patienten im Zusammenhang mit medizinischem Cannabis.

Gesetze der Bundesländer: In Deutschland können die Bundesländer eigene Regelungen hinsichtlich der Handhabung von Cannabisdelikten treffen, insbesondere was die Definition der „geringen Menge“ für den Eigenbedarf betrifft.

Internationale Abkommen: Deutschland ist auch an internationale Abkommen gebunden, wie die das Suchtstoffübereinkommen der Vereinten Nationen, die den internationalen Handel und Umgang mit Betäubungsmitteln regeln.

EU-Regelungen

Es gibt auf EU-Ebene mehrere Gesetze, Verträge und Regelungen, die sich auf Cannabis und Betäubungsmittel im Allgemeinen beziehen. Diese europäischen Regelungen wirken sich auch auf die Gesetzgebung in den Mitgliedstaaten, einschließlich Deutschland, aus:

EU-Betäubungsmittelgesetzgebung: Die EU hat eigene Gesetze und Richtlinien, die den Umgang mit Betäubungsmitteln regeln. Diese Gesetze legen Standards für die Kontrolle und Überwachung von Betäubungsmitteln fest und sind oft in Einklang mit internationalen Abkommen.

EU-Richtlinien für Arzneimittel: Für medizinisches Cannabis relevant sind die EU-Richtlinien für Arzneimittel, insbesondere die Richtlinie 2001/83/EG, die den Rahmen für die Herstellung, Präsentation und den Verkauf von Arzneimitteln in der EU vorgibt. Medizinisches Cannabis muss diesen Richtlinien entsprechen, um in der EU zugelassen und vertrieben zu werden.

Prävention und Kontrolle illegaler Drogen: Die EU verfolgt auch Strategien zur Drogenbekämpfung, die sich auf Prävention, Behandlung und Kontrolle des illegalen Drogenhandels konzentrieren. Diese Strategien werden in den nationalen Gesetzgebungen der Mitgliedstaaten berücksichtigt.

Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EBDD): Die EBDD sammelt und analysiert Daten über Drogen und Drogensucht in Europa. Ihre Erkenntnisse beeinflussen häufig die Politikgestaltung auf EU- und nationaler Ebene.

Freizügigkeit und Grenzkontrollen: Im Kontext des Schengen-Abkommens gibt es auch Regelungen



bezüglich der Freizügigkeit und der Grenzkontrollen, die den Umgang mit Drogen, einschließlich Cannabis, betreffen.

EU-Verordnungen und Entscheidungen: Die EU kann auch spezifische Verordnungen und Entscheidungen treffen, die sich auf den Umgang mit Drogen auswirken, einschließlich der Klassifizierung bestimmter Substanzen als kontrollierte Betäubungsmittel.

Diese Gesetze und Regelungen bilden einen übergeordneten rechtlichen Rahmen, innerhalb dessen die Mitgliedstaaten ihre eigenen, detaillierteren nationalen Gesetze zum Umgang mit Cannabis und anderen Betäubungsmitteln festlegen. Es ist wichtig zu beachten, dass diese europäischen Regelungen regelmäßig überprüft und aktualisiert werden, um auf neue Herausforderungen und Entwicklungen im Bereich der Drogenpolitik zu reagieren.

Zusammenfassung

Diese Gesetze und Regelungen bilden den rechtlichen Rahmen für den Umgang mit Cannabis in Deutschland. Es ist wichtig zu beachten, dass diese Gesetze dynamisch sind und sich im Laufe der Zeit ändern können, insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Debatten über eine mögliche Legalisierung oder Entkriminalisierung von Cannabis.

Cannabis bleibt in Deutschland ein kontrovers diskutiertes Thema. Während der medizinische Gebrauch legalisiert ist, bleibt der Besitz und Konsum zu Genusszwecken unter bestimmten Bedingungen strafbar. Die politische Debatte und mögliche Gesetzesänderungen sind weiterhin im Fluss und verdienen Aufmerksamkeit, um Entwicklungen in diesem Bereich zu verstehen.

Weiterführende Informationen

Für detailliertere Informationen wird empfohlen, aktuelle rechtliche Dokumente und Berichte zu konsultieren, sowie die Entwicklungen in der deutschen Gesetzgebung zu verfolgen.